

Auf Messers Schneide – Das Schicksal Blumbergs und seiner Industrie (1941–1945)*

Von Wolf-Ingo Seidelmann

1940 und 1941 hätte das Blumberger Bergwerk eigentlich wachsen und gedeihen sollen. Tatsächlich aber musste Bergwerksdirektor Dr. Hans Bornitz Krisenmanagement betreiben. Absatzprobleme und Fachkräftemangel kennzeichneten die Lage. Schuld daran hatte der im Herbst 1939 begonnene Krieg. Die grenznahen Saalhütten lagen bis zum Sommer 1940 still und fielen als Erzabnehmer aus. Die Ruhrwerke arbeiteten zwar noch, weigerten sich aber, größere Mengen aus Blumberg zu beziehen. Als die Saalhütten nach dem Frankreichfeldzug ihre Produktion wieder aufnehmen konnten, hatten sie Zugriff auf die lothringischen und luxemburgischen Minettegruben. Deren Erze konnten sie wirtschaftlicher, das heißt mit deutlich geringerem Koksinsatz, verhütten als das Blumberger Erz. An ihm besaßen die Saalhütten fortan keinerlei Interesse mehr. Zwar waren sie der Doggererz AG (DAG) gegenüber bindende Abnahmeverpflichtungen eingegangen, doch lauerten sie seit Juli 1940 nur auf eine Gelegenheit, den unwirtschaftlichen Erzabbau zu drosseln oder ganz einzustellen. Nur das Reichswirtschaftsministerium (RWM), das 50 % des Aktienkapitals vertrat, glaubte noch an eine Zukunft des Unternehmens. Es bestärkte den Vorstand darin, den Betrieb trotz der ungünstigen Situation konsequent fortzusetzen und auszubauen.

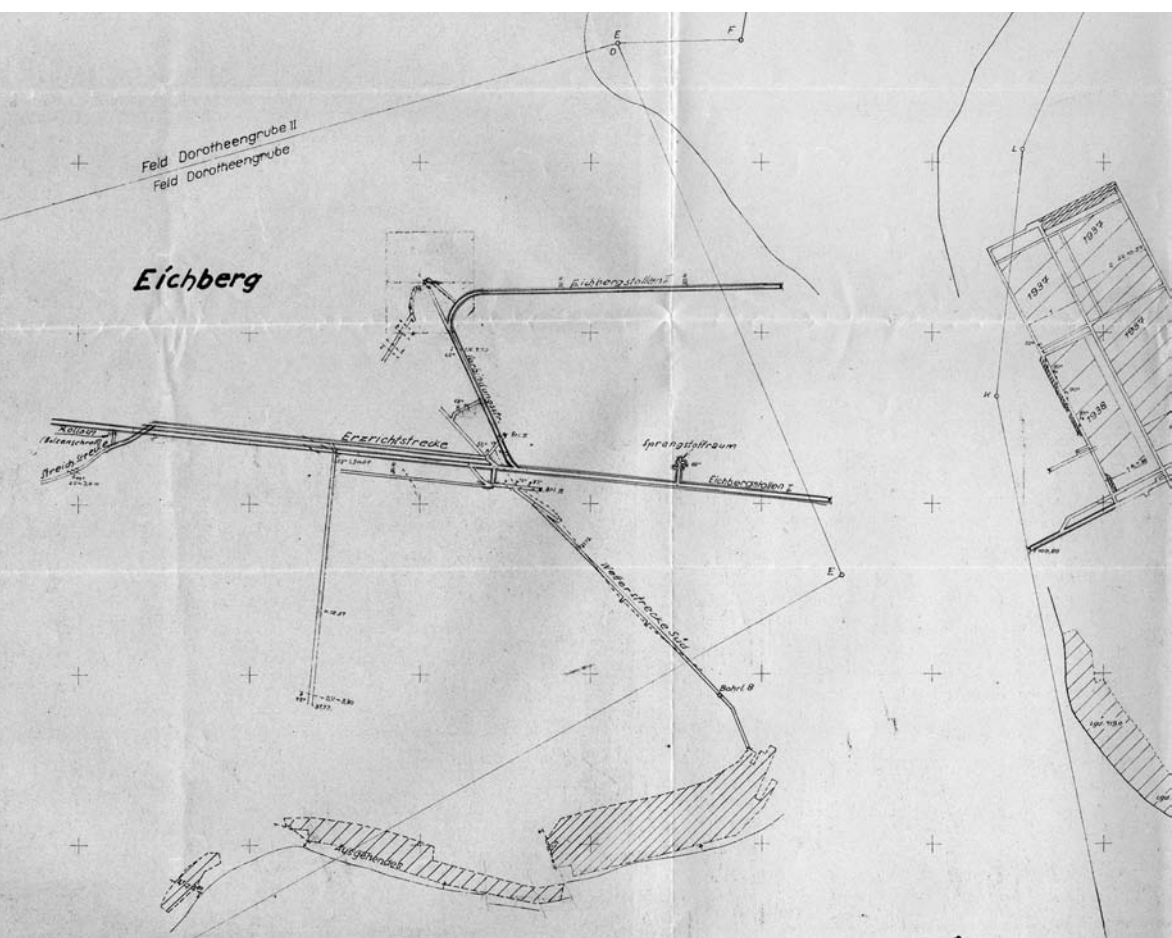
Leicht war das nicht. Absatzprobleme und Waggonmangel führten dazu, dass man im Sommer 1940 die Monatsproduktion auf 70.000 t Erz drosseln musste, obwohl fast die doppelte Menge hätte gefördert werden können. Bergwerksdirektor Bornitz reagierte darauf mit einem radikalen Sparprogramm, das die Einstellung der Nachtschicht im Bergwerk, Sonntagsarbeit, unbezahlte Überstunden und einen Einstellungsstopp für die Kaufmännische Verwaltung beinhaltete. Im April 1941 ging man sogar dazu über, im Stoberg einige Revierteile stillzulegen, um die Kosten zu senken.

Ein großes Problem stellte der Mangel an erfahrenen Bergarbeitern dar. Hatte die DAG schon zu Friedenszeiten mit einer extrem hohen Fluktuation zu kämpfen gehabt, so verstärkte sich der Verlust an Fachkräften unmittelbar nach Kriegsbeginn. Allein in den Monaten September und Oktober 1939 verlor das Unternehmen fast 500 Arbeitnehmer, davon 84 an die Wehrmacht. Bornitz behalf sich damit, die Zuteilung von Zwangsarbeitern zu beantragen. Am 17. Februar 1940 bekam er vom polnischen Arbeitsamt Ostrowo 168 Polen zugewiesen, darunter 103 Bergarbeiter. Sie hatten kein leichtes Los: Die DAG schloss sie von sozialen Beihilfen aus

* Fortsetzung des in den *Schriften der Baar*, Bd. 54 (2011) S. 37 ff., abgedruckten Aufsatzes desselben Verfassers.

und errichtete ein Barackenlager für sie, das mit Stacheldraht umgeben war. Ausgang für die Menschen war nur unter Bewachung möglich. Er durfte nur zu bestimmten Zeiten erfolgen und in ausgewählte Ortsteile führen.¹ Wenige Monate später waren die meisten Polen geflüchtet. Da weitere Anwerbungen in Italien und in Polen zu demselben Effekt führten und deutsche Arbeitskräfte nicht zu erhalten waren, setzte die DAG schließlich ihre Hoffnung auf den Einsatz von Kriegsgefangenen. Im Januar 1941 arbeiteten mehr als 250 in Blumberg. Allerdings waren viele nicht berggewohnt und wiesen anfangs unzureichende Leistungen auf. Zudem erhöhten Verständigungsprobleme die Unfallgefahr im Bergwerk.²

Der drückende Ressourcenmangel behinderte auch den Ausbau der Betriebsanlagen, konnte ihn aber nicht vollständig stoppen. Über Tage entstanden in den Jahren 1941 und 1942 zahlreiche Gebäude. Darunter waren Waschkauen, Büroge-



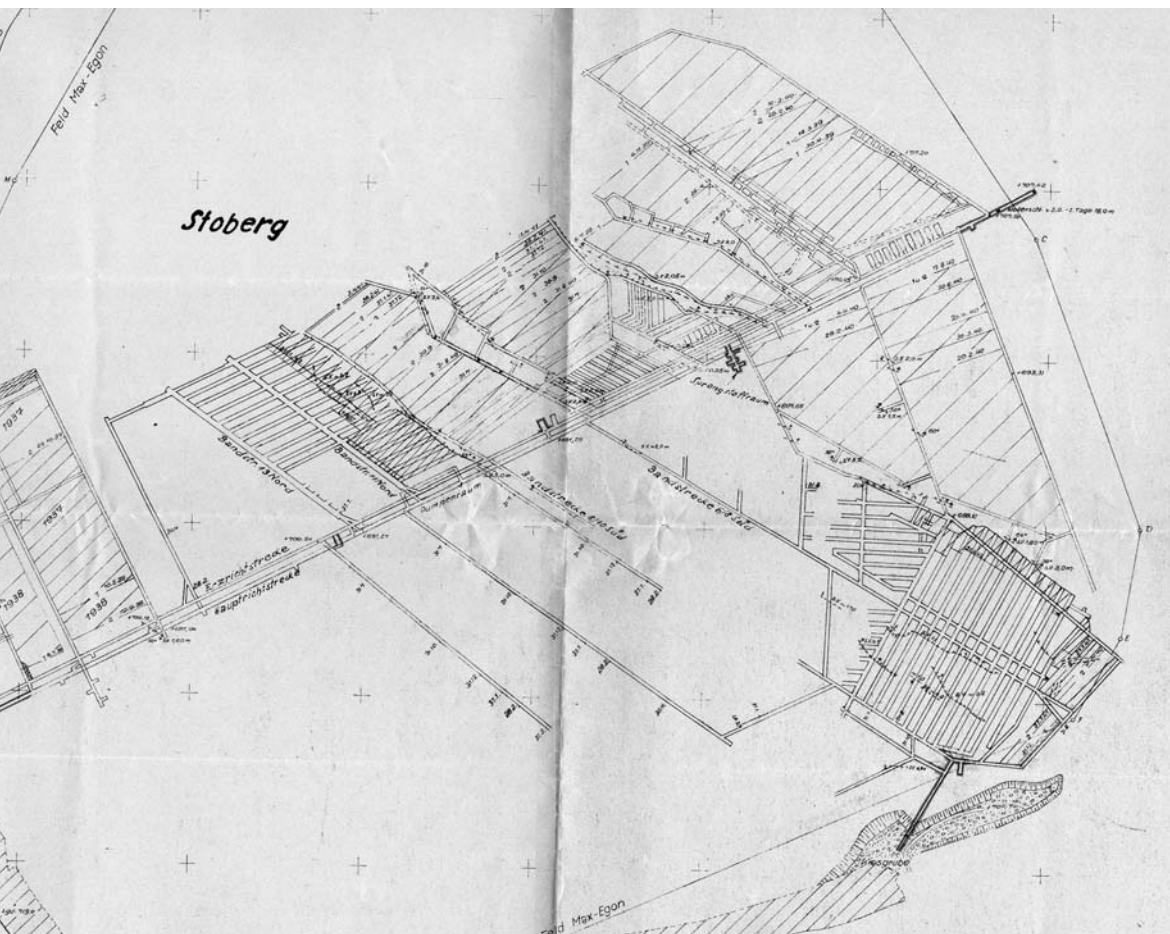
Plan der Grube Eichberg (1941). Bei Betriebseinstellung existierten nur die Hauptstollen und die Erzrichtstrecke. Einen regelmäßigen Abbau hatte man noch nicht begonnen. Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln 72-145-9.

bäude, Baracken und Werkstätten, eine Krankenstation, eine Desinfektionsanstalt, eine Lehrwerkstatt und ein großes Transformatorenhaus am Stoberg. Unter Tage arbeiteten die Kumpel emsig daran, die Grube im Eichberg auf einen regelmäßigen Abbau vorzubereiten. Dieses moderne Bergwerk sollte künftig die Hauptlast der Förderung tragen. Bis zum Jahresende 1940 hatten die Bergleute den Hauptstollen um mehr als 800 m in den Berg hineingetrieben und ausgemauert. Weniger als 200 m Strecke fehlten noch, bis mit der Verlegung von Schienen für eine zweigleisige elektrische Grubenbahn begonnen werden konnte.

Die Vorgaben aus Berlin waren ehrgeizig: Binnen zweier Jahre sollte die bisherige Erzförderung in Blumberg fast vervierfacht werden. Die Grube im Eichberg sollte ihren Betrieb genau dann aufnehmen, wenn auch das zweite Großprojekt der DAG vollendet war: ein Hüttenwerk zur Verarbeitung der Erze bei Kehl am Rhein. An seiner Planung arbeitete eine etwa 70 Mann starke Abteilung, die zunächst im Donaueschinger Hotel Lamm untergebracht war und später nach Straßburg umzog. Gleichzeitig begann eine wachsende Zahl von Arbeitern in Auenheim bei Kehl damit, eine Hüttenbaustelle einzurichten. Sie bestanden zumeist aus Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen.

Auf Drängen der Bergbehörden begann die DAG im Frühjahr 1940 damit, eigene Mittel in die betriebliche Ausbildung und in den Berufsschulunterricht zu investieren. Sie richtete eine Lehrwerkstatt und ein Lehrlingswohnheim ein, holte einen Ausbildungsleiter ins Werk und warb um Schulabgänger aus der Region. Rund 110 junge Menschen wollte man künftig in jedem Jahr ausbilden. Allerdings zeigten im April 1940 lediglich zwei Schulabgänger am Bergmannsberuf Interesse. Die Werksleitung begann daraufhin, die Eltern ihrer jugendlichen Betriebsangehörigen massiv zu bedrängen, für weitere Kinder einen Lehrvertrag abzuschließen. Keine der insgesamt zehn angesprochenen Familien wagte sich zu widersetzen. Da man mittlerweile auch in Bayern um Schulabgänger warb, gelang es bis zum April 1941 wenigstens 40 Bewerber zu akquirieren, von denen allerdings fast die Hälfte wegen gesundheitlicher Probleme von den Ärzten wieder ausgesondert wurde oder wegen Verhaltensauffälligkeiten nach Hause geschickt werden musste. Der verbleibende Rest galt als geistig unterentwickelt.³ Ihre Ausbildung stand unter keinem guten Stern. Da die Wehrmacht nahezu alle Maschinen aus der Lehrwerkstatt beschlagnahmt hatte, begann die DAG ihre Lehrlinge mit Erdarbeiten zu beschäftigen. Viele äußerten daraufhin Kündigungsabsichten.

Die hohe Personalfuktuation bereitete der DAG extreme Sorgen. Allein im Jahresverlauf 1940 verlor das Unternehmen 1.215 Arbeiter – von insgesamt 1.440.⁴ Zwar füllten stets andere die Lücken, doch waren diese meist unerfahren im Bergbau und mussten erst eingearbeitet werden. In seiner Not schloss Bornitz im Februar 1941 einen Subunternehmervertrag mit der Essener Bergbaufirma Wagener, die 150 Italiener in die Stollen des Stobergs beorderte. Die Abbauergebnisse waren jedoch so schlecht, dass der Vertrag kurz darauf wieder gekündigt wurde. Mit seiner eigenen Belegschaft vollbrachte Bornitz dagegen wahre Wunder. Um die niedrigen Leistungen der Vorkriegsjahre anzuheben, experimentierte er ständig mit neuen Abbauverfahren. Binnen zweier Jahre gelang es ihm, die durchschnittliche Grubenleistung pro Mann und Schicht um rund 70 % zu steigern. Im 3. Quartal 1941



46

beiterschaft zu erwerben.“⁶ Bornitz versuchte daher mit allen Mitteln, seine besten Leute an Werk und Stadt Blumberg zu binden. Die Gründung eines Singkreises und eines kleinen Orchesters waren erste, fast rührend wirkende Maßnahmen. Im April 1941 gelang es dem Bergwerksdirektor dann endlich, seinen Aufsichtsrat davon zu überzeugen, eine halbe Mio. RM auszugeben, um ein Hallenschwimmbad und ein Kameradschaftsheim für die eigenen Angestellten zu bauen.⁷ Blumbergs Bürgermeister Theo Schmid vermerkte es mit Wohlgefallen.

So standen die Dinge, als das RWM die DAG am 10. April 1941⁸ anwies, ihm Vorschläge zu unterbreiten, wie die aktuelle Monatsförderung von 90.000 t auf 50.000 t zu vermindern und der Personalbestand abzubauen sei. Gedacht war an die Abgabe von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, nicht aber an den Abzug der vorhandenen Stammbelegschaft. Als Begründung führte das RWM an, dass die Erzversorgung der Saarlütten durch Minettellieferungen vollständig gesichert sei. Die Verhüttung des Blumberger Erzes erfordere dagegen zu viel Koks und Hochofenraum und blockiere darüber hinaus knappe Transportkapazitäten der Bahn. Zudem binde der unwirtschaftliche Abbau Arbeitskräfte, die für die Gewinnung phosphorarmer Erze im Siegerland und anderenorts dringend benötigt würden. Bornitz protestierte sofort in Berlin und erklärte eine Förderdrosselung auf weniger als 70.000 t als betriebstechnisch extrem schädlich. Schon jetzt seien von drei Abbaurevierern nur zwei belegt. Würden nicht mehr alle unterhalten werden können, sei damit zu rechnen, dass große Feldesteile zu Bruch gingen. Der hinhaltende Widerstand hatte Erfolg: Fünf Monate später waren Monatsproduktion und Personalstand der DAG kaum gesunken.

Im September 1941 mussten die Saarlütten einschneidende Kürzungen ihrer Kokskontingente hinnehmen. Sie stemmten sich nun mit aller Macht gegen die koks-fressende Verhüttung von Doggererz und forderten die DAG ultimativ auf, ihre Förderung drastisch zurückzunehmen. Das RWM kam ihnen widerstrebend zu Hilfe. Am 10. Oktober 1941 wies es die DAG darauf hin, Reichsmarschall Hermann Göring habe wegen der angespannten Kohlen- und Koksversorgungslage einschneidende Maßnahmen angeordnet, wonach „zur Kokersparris möglichst nur noch hoch eisenhaltige und in der chemischen Zusammensetzung für die Verhüttung vorteilhafte Eisenerze verarbeitet werden“⁹ dürften. Die DAG möge deshalb ihre Förderung vorübergehend einschränken und eine größere Zahl von Bergleuten an andere Gruben abgeben. Allerdings habe man darauf zu achten, dass die Grube keinen Schaden erleide. Sie könne deshalb einen Stamm an gelernten Kräften beibehalten.

Bornitz versuchte auch dieses Schreiben zu ignorieren. Bei der DAG spielte sich nun ein Machtkampf zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ab, den ersterer glatt verlor. Die Saarlütten drohten mit der vollständigen Schließung des Betriebs und kündigten an, die freigewordenen Kumpel den lothringischen Kohlegruben zu überstellen. Gegen den erbitterten Widerstand von Bornitz beschloss der DAG-Aufsichtsrat am 28. Oktober 1941, den monatlichen Bezug auf 32.000 t Rösterz einzuschränken. Das war ein Drittel der bisher geförderten Menge. Die Folgen waren gravierend: Der Vorstand musste die beiden Tagebaue am Eichberg und am Lindenbühl einstellen und auch die Lurgianlage stilllegen. Um wenigstens die

besten Bergarbeiter von der Saar halten zu können, konzentrierte Bornitz den Erzabbau auf die Grube. Hartnäckig widersetzte er sich dem Reichsarbeitsministerium, das dem saarländischen Personal und ihren Familien gestatten wollte, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Stattdessen gab Bornitz lieber 100 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter ab.

Der Vorstand passte sich der neuen Lage an. Er stellte die Bauarbeiten auf dem Werksgelände ein und schuf Arbeit für ortsgebundene Kräfte, die er im eigenen Betrieb vorläufig nicht mehr benötigte. Für sie übernahm die DAG eine Auftragsfertigung von der Augsburg-Messerschmitt AG, die bis zum Frühjahr 1942 auf über 100 Beschäftigte anwachsen sollte. Die Maßnahmen waren nicht nur sozialer Natur. Sie dienten vor allem dem Zweck, die Arbeitskräfte für den Fall verfügbar zu halten, dass das Werk seinen Vollbetrieb nach dem Krieg wieder aufnehmen konnte.

Im Februar 1942 wurde Albert Speer zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition ernannt. Wenige Wochen später, am 23. März, wies er den Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung, Generalmajor Hermann



Der badische Ministerpräsident Walter Köhler zu Besuch in der Grube. Von links: Grubenbetriebsleiter Carl Breiing, Erster Bergrat Heinrich Landschütz (Leiter des Oberbergamts Karlsruhe), Ministerpräsident Walter Köhler, der Saarindustrielle Hermann Röchling, unbekannte Person und ganz rechts Bergwerksdirektor Dr. Hans Bornitz. Landschütz trug 1942 mit dazu bei, dass Berger den Attacken Theodor Schmidts nicht zum Opfer fiel. Sammlung Prillwitz.

von Hanneken, in einem knapp formulierten Brief an, die Förderung in Blumberg sofort einzustellen und den Bau des Hüttenwerks in Kehl abzubrechen.¹⁰ Als Begründung für seine Maßnahmen führte Speer zwei Gutachten an, deren eines von Hermann Röchling stammte, dem Völklinger Eisenwerksbesitzer und Hauptinitiator des Blumberger Bergbaus. Die Saarlütten hatten ihre eigene Gesellschaft gezielt und vorsätzlich zu Fall gebracht. Im RWM erkannte man dies klar und suchte die Motive für die Schließungsanordnung im Unwillen der Werke, weiterhin das unbeliebte Doggererz zu verarbeiten. Außerdem verdächtigte man Röchling, dass er darauf spekuliere, die freiwerdenden Bergleute für seine eigene Kohlenzeche abziehen zu können.¹¹ Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Das RWM entschied später, 250 Bergleute und 200 Mann sonstigen Personals den Mangangruben im Siegerland und an der Lahn zuzuweisen.¹²

Am 4. April 1942 erhielt die DAG strikte Weisung vom RWM, den Betrieb einzustellen und ihre Kumpel in andere Reviere abzugeben.¹³ Die Liquidation eines Unternehmens, das noch über 800 Leute beschäftigte und eine Bilanzsumme von 46 Mio. RM¹⁴ aufwies, das Materialvorräte und Sachanlagen im Wert von 20 Mio. RM¹⁵ besaß, stand an. Sein Vermögen war überflüssig geworden und musste verwertet werden. Darüber hinaus befanden sich zahlreiche Maschinen und Anlagen für das Hüttenprojekt in Kehl bereits im Bau. Dessen Auftragsvolumen belief sich auf rund 40 Mio. RM; ein Fünftel der Summe hatte die DAG ihren Lieferanten schon an Anzahlungen geleistet

Obwohl Bornitz bereits am 26. März 1942 von der angeordneten Schließung erfuhr, setzte er die Belegschaft erst am 10. April davon in Kenntnis. Blumbergs Bürgermeister Theo Schmid berichtete später von lebhaften Tumulten, die kaum zu besänftigen waren. Für Unmut im ganzen Ort sorgte auch die Tatsache, dass einheimische Fachkräfte als erste abgezogen werden sollten, während weniger qualifizierte Ausländer und Auswärtige zunächst in Blumberg zu verbleiben hatten. Gerade diese aber flüchteten bald in hellen Scharen, um ihrer drohenden Dienstverpflichtung zu entgehen. Bornitz griff ungeniert „mit schärfsten Mitteln“¹⁶ durch. Er verkündete eine Urlaubssperre, ließ Ausländerkontrollen durchführen und mehrere Arbeiter am Bahnhof von Blumberg verhaften.

Der Vorstand stellte den Erzabbau unverzüglich ein und beriet sich am 22. April 1942 im saarländischen Dillingen mit dem Aufsichtsrat über die langfristigen Konsequenzen der staatlichen Anordnung. Die Gremien gelangten zu dem Schluss, die DAG nicht aufzulösen, sondern ihre Kernsubstanz zu bewahren und später über das endgültige Schicksal des Unternehmens zu entscheiden.¹⁷ Damit erfüllten sie vor allem einen Wunsch des badischen Ministerpräsidenten Walter Köhler, der eine Wiederaufnahme des Bergbaus nach dem Krieg ausdrücklich offen gehalten wissen wollte. Der Aufsichtsrat beschloss am 22. April 1942,¹⁸ den Eichbergstollen und einen 300 m langen Abschnitt der Hauptförderstrecke im Stoberg zu erhalten. Auch die Förderbrücke über das Aitrachtal sollte unangetastet bleiben. Freilich hatte der Aufsichtsrat das Bestimmungsrecht über seine eigenen Anlagen längst nicht mehr selbst in der Hand, sondern musste hinnehmen, welchen Betrieb ihm das Berliner Rüstungsministerium oder das Heereswaffenamt als Nachnutzer präsentierte.

Was das Schicksal von Materialbeständen und Betriebsaggregaten anging, so gab es klare Vorgaben aus Berlin: Sämtliche Vorräte und Fördereinrichtungen sollten ausgebaut und den kriegswichtigen Mangan- und Kohlebergbaurevieren überlassen werden. Die DAG stellte deshalb Bestandslisten zusammen und versandte sie an Montanbetriebe,¹⁹ die das Rüstungsministerium zuvor bestimmt hatte. Deren Vertreter reisten im Verlaufe des Frühjahrs 1942 nach Blumberg, um das Angebot zu besichtigen und ihre Bestellungen zu tätigen. Zwar achtete die DAG sorgfältig darauf, angemessene Verkaufserlöse zu erzielen, doch wussten ihre Abnehmer sehr genau um die Zwangslage des Unternehmens und drückten die Preise nach Kräften. 8,6 Mio. RM²⁰ gingen als Folge der Stilllegung verloren, das war mehr als ein Fünftel des Eigenkapitals.

Die DAG verkaufte bis Anfang Juli 1942 Material für 1,1 Mio. RM, das auf der Schiene seine Empfänger erreichte: Bis zum 1. September 1942 verließen 430 Eisenbahnwaggons mit Maschinen, Abbaugeräten und Förderanlage die Baar. 78 davon gingen nach Krivoi Rog in der Ukraine. Wertvolle Großaggregate, Bagger oder Dampflokomotiven waren nicht dabei. Sie wurden vermietet oder fanden dankbare Aufnahme bei den Gesellschaftern der DAG. Auch die maschinelle Ausstattung der Röstöfen sah bei Röchling ihrer Wiederverwendung entgegen. Für den Drehrohrofen der Lurgianlage fand sich dagegen lange kein Käufer. Immerhin



Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner besichtigt Blumberg. Von links: 1. Person unbekannt, dann: Bergwerksdirektor Dr. Hans Bornitz in Uniform, hinter ihm in zweiter Reihe Landrat Rudolf Binz mit hellem Hut; neben Bornitz Robert Wagner; hinter ihm in Uniform: Blumbergs Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter Theodor Schmid, neben Wagner Kurt Heyer, der Kaufmännische Direktor der Doggererz-Bergbau GmbH (mit Knickerbockers), neben ihm in Uniform: NSDAP-Kreisleiter Walther Kirn, neben diesem im dunklen Anzug Grubenbetriebsleiter Carl Breiing. Das Bild wurde zwischen April 1938 und Ende August 1939 aufgenommen. Sammlung Prillwitz.



Besichtigung des Blumberger Tagebaus. Von links: Unbekannte Person, Kurt Heyer, der Kaufmännische Direktor der Doggerz-Bergbau GmbH (mit Brille und hellem Hut), Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner, Bergwerksdirektor Dr. Hans Bornitz, Grubenbetriebsleiter Carl Breiing, Landrat Rudolf Binz, Blumbergs Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter Theodor Schmid (in Uniform). Sammlung Prillwitz.

gelang es, die Gasgeneratorenanlage des Ofens an die Stadt Kassel zu veräußern, was man einige Monate später jedoch noch sehr bedauern sollte.

Andere Relikte ließ die DAG ohne Bedenken zurück. Theo Schmid bezeichnete sie voller Ingrimm als „verschandelte Gegend“²¹ oder als „gewaltig verunstaltetes Landschaftsbild“.²² Ihre Ursachen lagen in einem rücksichtslos betriebenen Tagebau: Seit 1938 hatte die DAG etwa 52 ha Gelände verwüstet und an den umliegenden Berghängen einen weithin sichtbaren Gürtel von tiefen Gräben und gewaltigen Schutthalden verursacht. Deren Einebnung forderte die Gemeindeverwaltung nun ebenso hartnäckig wie erfolglos. Dabei gab es eigentlich klare Auflagen. Das Bergamt Freiburg hatte den Abbau am Eichberg und am Lindenbühl nur unter der strikten Voraussetzung genehmigt, dass das Gelände vollständig rekultiviert werde. Für die beiden anderen Abbaugebiete am Ristelberg und am Stoberg existierte zwar keine amtliche Anordnung zur Geländeeinebnung, doch hatte die DAG immerhin eine Erklärung abgegeben, wonach sie diese Flächen wieder aufforsten werde. Wegen des herrschenden Krieges entschied das Bergamt jedoch, dass die Arbeiten einstweilen zurückgestellt werden könnten. Die DAG beschloss deshalb, hohe Rückstellungen in ihren Bilanzen zu bilden und damit kräftig Steuern zu sparen, in der Sache aber nichts weiter zu unternehmen.

Schwierig war das Problem zu lösen, was aus den Menschen werden sollte, die keinen Marschbefehl vom Arbeitsamt erhalten hatten. Besonders qualifiziertes

Personal, wie Ingenieure und Meister, kam bei den Saarwerken unter, die meist sein früherer Arbeitgeber gewesen waren. Zu klären blieb jedoch das Schicksal von ungefähr 300 meist gering qualifizierten ortsgebundenen Kräften. Die DAG behielt sich vorerst damit, dass sie ihre Zulieferfertigung für Messerschmitt auf etwa 160 Personen aufstockte und den Rest mit bergbaulichen Sicherungsarbeiten, notwendigen Reparaturen und mit dem Abbau und dem Versand von verkauftem Material und Betriebsanlagen beschäftigte.

Die Betriebseinstellung des mit Abstand größten örtlichen Arbeitgebers und Steuerzahlers musste katastrophale Auswirkungen auf die struktur- und finanzschwache Gemeinde Blumberg haben. Auch das Renommee des NS-Regimes war gefährdet, wenn das mit Millionenbeträgen geförderte Vorzeigeprojekt „Vierjahresplansiedlung Blumberg“ scheitern sollte: Fast 1.000 Arbeiterwohnungen, zwei Dutzend neu eröffnete Einzelhandelsgeschäfte, ein Schulhausrohbau, ganze Straßenzüge und Stromleitungen, Wasser- und Abwasserkanäle wären vergebens errichtet worden, wenn sich kein neuer Arbeitgeber fand. Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner hatte sich deshalb früh an Albert Speer gewandt und um Zuweisung eines größeren Rüstungsbetriebs nach Blumberg gebeten. Der Rüstungsminister versicherte Wagner am 23. März 1942, er habe Generalluftzeugmeister Erhard Milch und Wilhelm Leeb, den Chef des Heereswaffenamts, mit Nachforschungen darüber beauftragt, welche Wehrmachtfertigung nach Blumberg verlagert werden könne, um die dort bestehende Arbeitersiedlung auszunutzen.²³

Um sich vor Ort zu informieren, kam Ministerpräsident Köhler am 16. April 1942 nach Blumberg. Auch Theo Schmid wurde zu dem Gespräch bei der DAG hinzugebeten.²⁴ Das Thema der Runde bildete die Sicherung bestehender und der Aufbau neuer Arbeitsplätze in der krisengeschüttelten Gemeinde. Unbestritten war wohl die Erkenntnis, dass in langfristiger Hinsicht nur die Neuansiedlung eines großen Unternehmens Erfolg bringen würde. Köhler schwebte die Verlagerung eines kriegswichtigen Betriebs mit etwa 500 bis 600 Beschäftigten nach Blumberg vor. Einigkeit herrschte darüber, dass auch die DAG einen angemessenen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten musste. Schmid brachte die Eröffnung einer Reparaturwerkstatt für beschädigte Güterwagen ins Gespräch, doch hielt sich die Begeisterung von Bornitz in engen Grenzen.²⁵ Stattdessen hielt er eine Ausweitung der bestehenden Auftragsfertigung für Messerschmitt für möglich. Leider hatte er seine Rechnung ohne den Aufsichtsrat gemacht. Dieser beschloss wenige Tage später, jegliche Übernahme von „satzungsgemäß nicht vorgesehener Fabrikation“ zu verweigern und forderte den Vorstand auf, auch die bestehende Messerschmitt-Fertigung der DAG bald in andere Hände überzuleiten.²⁶

Für den Blumberger Bürgermeister stand viel auf dem Spiel. Hatte er drei Jahre zuvor noch den Bau tausender Arbeiterwohnungen verkündet und öffentlich geprahlt, Blumberg werde „als Folge nationalsozialistischer Staats- und Wirtschaftsführung“ bald eine „völlig neue, vom Lied der Arbeit und vom Gesang der Bohrhämmer erfüllte Industriestadt“²⁷ sein, so war jetzt von einem heroischen „nationalsozialistischen Gestaltungswillen“²⁸ nichts mehr zu spüren. Stattdessen besiegelte die von Schmid so bejubelte Partei- und Staatslenkung womöglich den Niedergang seiner eigenen Gemeinde, für den er als Bürgermeister und örtliche

Parteigröße mitverantwortlich gemacht werden konnte. Wohl als Ergebnis des Gesprächs mit Köhler setzte Schmid am 30. April 1942 eine Denkschrift auf, in der er nicht nur die wirtschaftlichen Probleme seiner Kommune schilderte, sondern auch den drohenden Prestigeverlust des NS-Regimes beklagte.

*Eine ganz außerordentliche, schwierige Aufgabe der Menschenführung war durch den Zuzug der vielen wurzellosen und heimatlosen Menschen zu lösen. Ein Großteil dieser fühlte sich mit dem NS-Staat in keiner Weise verbunden, waren zunächst an ein geregeltes Arbeiten zu gewöhnen und in eine ordentliche Lebensführung erst wieder einzugliedern, vor allem auch ein Teil der vielen aus dem Saargebiet zugezogenen Bergarbeiterfamilien, die durch mehrere Jahre unter der französischen Fremdherrschaft völlig haltlos geworden waren. Durch engste Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und der NSDAP konnten die zugezogenen haltlosen Menschenmassen in aufopfernder, unermüdlicher Arbeit innerhalb der rückliegenden 3–4 Jahre zu einer ordentlichen Gemeinschaft zusammengefügt werden, wobei es sich als außerordentlich vorteilhaft erwies, dass der Endunterzeichnete nicht nur als Bürgermeister, sondern auch als Ortsgruppenleiter der NSDAP tätig sein konnte (...) Ich halte die Einschaltung eines derartigen Industrieunternehmens hier für dringend notwendig, um auch die durch die Einstellung der Doggererzförderung entstandene Erregung und die große Missstimmung unter der hiesigen Bevölkerung zu beheben, weiter aber auch, um hierdurch den vielen zugezogenen Arbeiterfamilien, die meistens sehr kinderreich sind, die hoffen in Blumberg einen dauernden Wohnsitz und eine neue Heimat gefunden zu haben, das verloren gegangene Vertrauen und den Glauben an einen späteren Ausbau der Gemeinde Blumberg wiederzugeben.*²⁹

Schmid sandte sein pathetisches Opus am 3. Mai 1942 an den Donaueschinger Landrat Rudolf Binz, der einen Begleitbrief³⁰ verfasste und es an Köhler und an den badischen Innenminister Karl Pflaumer weiterleitete. Die Akten geben keinerlei Auskunft darüber, was Köhler anschließend unternahm. Festzustellen ist aber, dass der DAG-Vorstand doch noch mit der Reichsbahn über eine Güterwagenreparaturwerkstatt zu sprechen begann. Die Verhandlungen zogen sich monatelang hin und endeten ergebnislos, weil das Reichsverkehrsministerium dem Projekt eine Absage erteilte.³¹ Der Vorstand sprach auch mit der Messerschmitt AG und drängte sie zur Übernahme der bestehenden Zulieferfertigung. Da ihm dies nicht gelang, entschloss sich Bornitz am Ende doch dazu, die Flugzeugteileproduktion bei der DAG auszuweiten. Um die Belegschaft auf 400 Mann zu erhöhen, beantragte er im Sommer 1942 beim Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz die Zuweisung von 250 Facharbeitern³². Ob er dabei nur dem Druck der badischen Behörden nachgab, oder sich aus eigener Kraft dem Aufsichtsrat entgegenstemmen wollte, muss offen bleiben.³³ Wohl hatte sich Bornitz mit seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Wilhelm Wittke abgestimmt. Als dieser im Sommer 1942 jedoch schwer erkrankte, legte dessen designierter Nachfolger Rudolf Siedersleben sein Veto ein und forderte den Aufsichtsrat umgehend auf, sein Votum vom 22. April 1942 nochmals zu bekräftigen, *wonach es für die Gesellschaft nicht richtig ist, eine satzungsgemäß nicht vorgesehene Fabrikation zu betreiben, geschweige denn auszubauen. Indem*

*der Aufsichtsrat diese EntschlieÙung erneuert, sieht er sich auÙer Stande zuzustimmen, dass im Rahmen der Doggererz AG in Blumberg neue, für die Doggererz AG wesensfremde Fertigungen aufgenommen werden. Jedoch erachtet es der Aufsichtsrat für selbstverständlich, dass die Doggererz AG nach Maßgabe ihrer abwicklungsmäßigen Möglichkeiten weiterhin sämtliche Bestrebungen fördert, unterstützt und erleichtert, welche die tunliche Abwendung der Stilllegungsfolgen von der Stadt Blumberg zum Gegenstande haben.*³⁴

Darunter verstand Siedersleben die Gewährung einer Spende an die badische Regierung.

Bis zum Sommer 1942 fand sich kein Investor³⁵ für den umfangreichen Immobilienbestand. Der DAG-Vorstand knüpfte deshalb Kontakte zur Schwarzwälder Instrumentenindustrie an und versuchte Teilflächen zu vermieten. Auch Theo Schmid unternahm Akquisitionsversuche, musste im August 1942 jedoch resigniert



Die Betriebsanlagen der Doggererz AG Anfang der 1940er Jahre mit Blickrichtung vom Eichberg auf den Stoberg: Der Fotograf stand auf dem Dach des Werkstattgebäudes 56 (erbaut 1936). Oberhalb des Gebäudes verläuft von links nach rechts die Reichsstraße 27. In der Bildmitte das mit Walmdach versehene Verwaltungsgebäude, das 1940 an die bereits 1937 erstellte Waschkau (langgestreckter Gebäudeteil rechts) angebaut wurde. Oberhalb des Verwaltungsgebäudes das 1936/37 erbaute Maschinenhaus, in dem unter anderem die Pressluft für das Abbaugerät der Bergleute erzeugt wurde. Das weiÙe Haus mit Turm links daneben ist die 1937 erbaute Trafostation Eichberg. Die Gleise im Bildvordergrund führen zum Tagebauggebiet Eichberg. Sammlung Prillwitz.

feststellen, dass zwar ein halbes Dutzend Firmendelegationen nach Blumberg gekommen seien, diese ihr Vorhaben aber aus ihm „nicht erklärlichen und völlig unverständlichen Gründen“ kurz vor dem Vertragsabschluss wieder aufgegeben hätten.³⁶ Fraglos suchte der Blumberger Bürgermeister die Schuld dafür bei den Vorständen der DAG.

Während sämtliche Ansiedlungsbemühungen im Sande verliefen, bahnte sich eine soziale Katastrophe in Blumberg an: Viele Bergleute der DAG waren in das Siegerland versetzt worden. Dort erhielten sie weitaus geringere Löhne als bei der DAG, mussten aber die erhöhten Belastungen einer doppelten Haushaltsführung auf sich nehmen, weil ihre Familien zumeist in Blumberg verblieben waren. Vor allem kinderreiche Paare gerieten in derart große Bedrängnis, dass die Gemeinde einspringen und insgesamt 2.600 RM an Vorschüssen für 66 Haushalte auszahlen musste.³⁷ Da die verzweifelte Menschen auch ihre Mieten nicht mehr zahlen konnten, häuften sich im Laufe des Sommers 1942 gewaltige Mietrückstände bei der Badische Heimstätte an. Das Unternehmen reagierte mit der Kündigung von säumigen Zahlern. Die Deutsche Arbeitsfront kommentierte die soziale Lage im Sommer 1942 mit den Worten: „Diese katastrophalen Zustände weiten sich immer mehr aus und es muss daher alles getan werden, um diese Zustände zu beheben.“³⁸

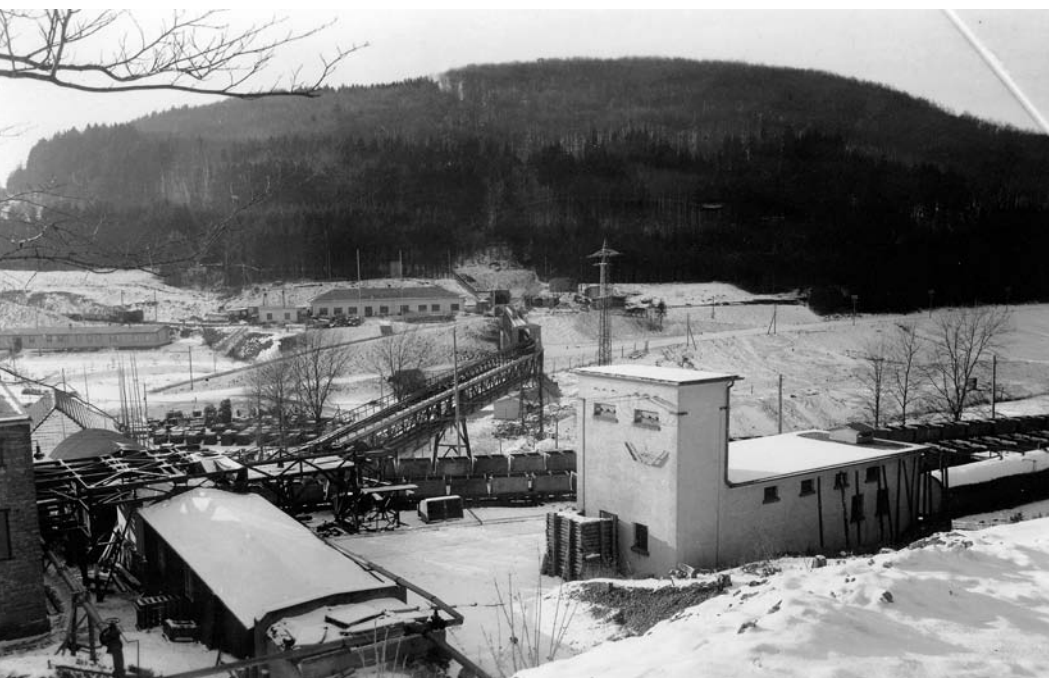
Irritiert über die DAG und völlig unzufrieden mit dem Verlauf der Dinge wandte sich Schmid am 29. Juni 1942 abermals an Köhler. Kurz darauf fand eine Besprechung in Karlsruhe statt, an der mehrere Vertreter des Rüstungskommandos Villingen und des Landeswirtschaftsamts Baden teilnahmen. Dem Protokoll ist zu entnehmen, dass die Reputation der DAG stark gelitten hatte. Die Beamten taten sich offenkundig schwer damit, die lokalen Konsequenzen einer Entscheidung zu akzeptieren, die höheren Orts getroffen worden war. Stattdessen witterte man Obstruktion und schob die Verantwortung für den drohenden Prestigeverlust von Staat und Partei lieber den Vorständen der DAG in die Schuhe. Dass die Einschätzung der herrschenden Lage auf Theo Schmid persönlich zurückging, ist nicht zu beweisen, scheint aber wahrscheinlich. Das Protokoll vermerkt:

Als eine wesentliche Ursache für die Unsicherheit im Betrieb ist die Tatsache anzusehen, dass die führenden Männer (Dr. Bornitz, Dr. Berger und Herr Gerlach) nicht zusammen, sondern neben- und gegeneinander arbeiten, und dadurch klare Betriebsführung unmöglich machen. Herr Imhäuser, der verantwortliche Ingenieur für die Messerschmitt-Fertigung, wird über die laufenden Verhandlungen nicht unterrichtet, so dass eine nachhaltige Vertretung der Interessen der Firma Messerschmitt AG bzw. der in Aussicht genommenen Reichsbahn-Reparatur-Werkstätte nicht möglich ist.

Es besteht der Eindruck, dass die genannten leitenden Herren ihre persönlichen Interessen in den Vordergrund stellen, ohne die Belange des Weiterbestandes und Wiederaufbaues genügend zu berücksichtigen. Ernsten Besprechungen zur Behebung der Missstände sind die Herren bis jetzt ausgewichen. Eine sich hinziehende Abwicklung mit der Begründung der Verwaltung und Vermietung der vorhandenen Geräte scheint beabsichtigt zu sein. Als Beweis hierfür wird angeführt, dass heute noch 70 Bürokräfte bei einer Belegschaft von rund 200 Arbeitskräften beschäftigt werden. Vorschlag des

Rüstungskommandos: Einsetzung eines kommissarischen Betriebsführers. Trennung zwischen Abwicklung der Geschäfte der Doggererz AG und Weiterführung (neue Fertigung) des Betriebs. Ministerialrat Dr. Mühe wird veranlassen, dass Dir. Berger beim Bad. Ministerpräsidenten vorspricht und sich verantwortet.³⁹

Köhler sah keinen Grund zur Sorge. Die hohe Zahl der Angestellten hing damit zusammen, dass es dem DAG-Vorstand und den badischen Landesbehörden im Mai 1942 gelungen war, den Bau des Kehler Hüttenkraftwerks von der Berliner Stilllegungsanordnung wieder auszunehmen.⁴⁰ Dessen Dampfkessel, Turbinen und Stromerzeugungsanlagen standen kurz vor der Vollendung und sollten der unter akutem Energiemangel leidenden badischen Wirtschaft unbedingt erhalten bleiben. Dr. Hans Bornitz und sein kaufmännischer Vorstandskollege Dr. Walther Berger planten das Kraftwerk vollständig an die Badenwerk AG abzustoßen. Das für die Hüttentechnik zuständige Vorstandsmitglied Dr. Rudolph Gerlach wollte jedoch am



Blick vom Stoberg auf den Eichberg: Im Vordergrund rechts die 1937 erbaute Trafostation. Links (angeschnitten) das im gleichen Jahr erbaute Maschinenhaus. Die Stahlgitterkonstruktion in der Bildmitte ist die Erzförderbrücke. Sie führt vom Stoberg über die Reichsstraße 27 hinweg zum Eichberg. Links vom Mundloch des Eichbergstollens im Bildhintergrund das 1937 erbaute Verwaltungsgebäude, links daneben das kleine Werkstattgebäude 56. Ihm schließen sich links weitere Bürobaracken an. Über deren Dächern sieht man die zum Tagebaugebiet Eichberg führende Schmalspurbahn mit Lok und Förderwagen. Die Hauptverwaltung zog 1940 vom Eichberg in einen neuen Anbau an die Waschkau am Stoberg um. Sammlung Prillwitz.

Kraftwerksbau durch die DAG weiterhin festhalten und nach Kriegsende auch noch das Eisenwerk errichten. Der Aufsichtsrat lehnte im Juli 1942 kategorisch ab.⁴¹

Albert Speer beendete schließlich die Unsicherheit über das weitere Geschehen. Am 18. August 1942 verfügte⁴² sein Ministerium, dass sich der Hamburger Rüstungsbetrieb Walter Kopperschmidt & Söhne aus Gründen der Luftgefährdung nach Blumberg zu verlagern habe. Der Plexiglashersteller übernahm kurz darauf die beiden Waschkauen am Stoberg und am Ristelberg, das Gebäude der Transformatorstation am Stoberg und die Hauptwerkstätte am Ristelberg. Noch während die erforderlichen Umbauarbeiten an diesen Räumen andauerten, errichtete Kopperschmidt weitere vier Produktionshallen im Südwerk. Anfang 1943 lief dann die Fertigung mit fast 750 Beschäftigten an. 172 davon hatte man von der DAG übernommen, fast alle übrigen kamen vom früheren Firmenstandort Hamburg mit. Diese stellten vor allem splittersichere Kanzeln für Kampfflugzeuge und Unterseeboote her. Da der Wohnraum nicht ausreichte, um die verheiratete Stammebelegschaft vollständig unterzubringen, sollten 300 russische Zwangsarbeiterinnen in der Produktion eingesetzt und in ehemaligen Gefangenenlagern einquartiert werden. Bürgermeister Schmid kommentierte die Geschehnisse im Januar 1943:

*Im allgemeinen kann gesagt werden, dass die Firma die Verlegung ihres Betriebs hierher planmäßig und reibungslos durchgeführt hat. Bei der Gemeindeverwaltung haben sich hierdurch keinerlei Schwierigkeiten ergeben. Die zugezogenen Familien haben alle recht gute Wohnungseinrichtungen. Auch machen die Zugezogenen alle den Eindruck von rechtschaffenen, ordentlichen und anständigen Menschen, die in keiner Weise mit jenen vergleichbar sind, die bei der Entwicklung des Bergwerks hierher gezogen sind.*⁴³

Nach dem verheerenden Luftangriff, den Hamburg am 25. Juli 1943 erlebte, kamen weitere Teile der Stammebelegschaft nach Blumberg. Walter Kopperschmidt beschäftigte im Mai 1944 bereits über 1.250 Kräfte. Auch die ausgebombte Chemiefabrik Curt Kopperschmidt verlegte 1943 ihren Betrieb nach Blumberg und nahm in zwei Baracken mit etwa 80 Beschäftigten die Produktion von Farben, Klebern, Leimen und Kunststoffdichtungen auf. Da die Fliegergefahr extrem zunahm, wies das Luftfahrtministerium die DAG im Mai 1944 an, ihre unterirdischen Anlagen für die kriegswichtige Plexiglasfertigung auszubauen. Das Unternehmen sprengte im Eichberg einen Traforaum neben der vorhandenen Sprengstoffkammer aus dem Gestein und besorgte sich für die weiteren Arbeiten 90 kriegsgefangene Bergarbeiter.⁴⁴ Diese rissen im Sommer 1944 alle Gleise aus dem Eichbergstollen heraus, betonierten dessen Sohle und schufen die notwendigen Belüftungs- und Sanitäreinrichtungen. Noch während sie arbeiteten, verlegte Walter Kopperschmidt Teile seiner Produktion unter Tage.

Die vielen zugezogenen Menschen begannen sich bald in den vorhandenen Quartieren zu drängen. Nicht selten mussten sich zwei oder drei Familien eine einzige Wohnung teilen. Rund 50 Haushalte besaßen im Oktober 1943 noch gar keine eigene Unterkunft. In Blumberg hatte man sich deshalb rasch wieder mit den altbekannten Problemen einer überforderten Infrastruktur herumzuschlagen. Akute Versorgungsmängel und lange Schlangen vor den wenigen Einzelhandelsgeschäften prägten abermals das Bild. Der Gemeindekasse tat die Entwicklung

dagegen ausgesprochen gut. Da Walter Kopperschmidt nicht – wie das Bergwerk zuvor – anhaltende Verluste schrieb, sondern gute Gewinne erzielte, stiegen die Steuereinnahmen deutlich an. 1943 war man erstmals seit 1937 wieder in der Lage, aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.⁴⁵

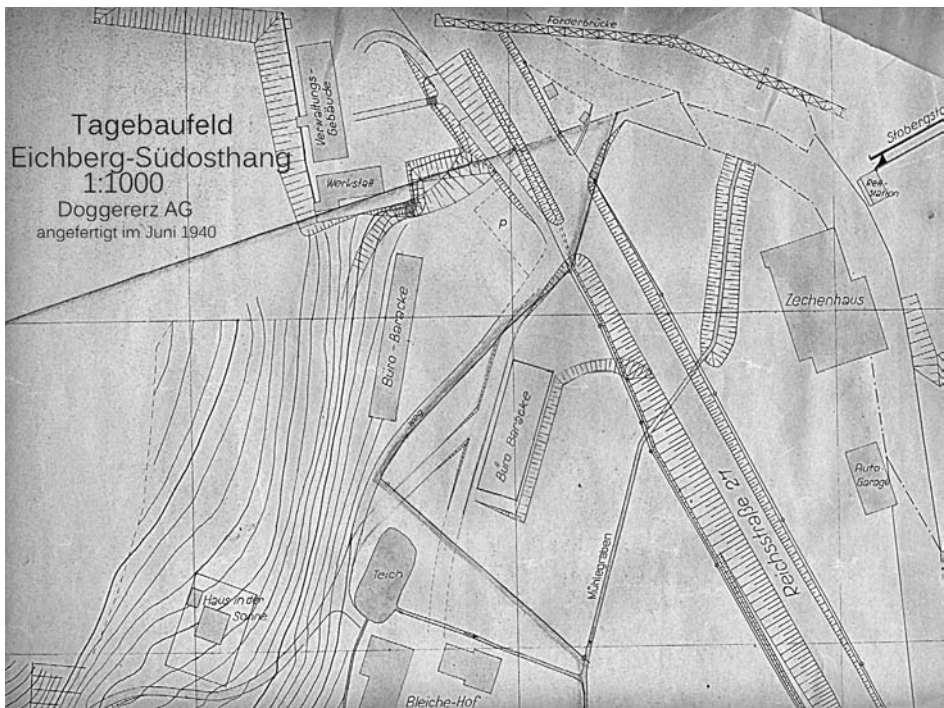
Ebenso rasch, wie sich Kopperschmidts Aufstieg zum Hoffnungsträger vollzog, schmolz die Reputation der ehemals umworbenen, jetzt aber kaum noch in Blumberg geduldeten DAG dahin. Weil noch zahlreiche Demontagen und bergbauliche Sicherungsarbeiten durchzuführen waren, sank ihr Personalbestand längst nicht so schnell, wie es die Gemeindeverwaltung gern gesehen hätte. Erst als man im Herbst 1942 die Auftragsfertigung für Messerschmitt eingestellt und das freigewordene Personal an Walter Kopperschmidt abgegeben hatte, verringerte sich die Zahl der Arbeitnehmer merklich. Sie sank von rund 270 im Juli 1942 auf 40 Arbeiter und Angestellte im März 1943. Auch der Vorstand verkleinerte sich: Nachdem am 1. September 1942 schon Bornitz aus dem Unternehmen ausgeschieden war, legte im März 1943 nun auch Gerlach seine Geschäfte nieder.

Allein Berger kümmerte sich weiter um die Abwicklung des Betriebs. Er hatte keine leichte Aufgabe: Der Generalinspektor für Wasser und Energie verbot im August 1942 den von der badischen Regierung erhofften Weiterbau des Hüttenkraftwerks bei Kehl und ordnete an, die im Entstehen begriffenen Anlagenteile an die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Karwin-Trzynietz AG in Teschen (Oberschlesien) zu übergeben, deren Produktionsanlagen modernisiert werden sollten. Berger musste harte Verhandlungen führen und erzielte erst im Februar 1943 einen Durchbruch: Für einen hohen Betrag erwarb die Käuferin sämtliche Planungsunterlagen und Bestellungen, die für das Kehler Hüttenkraftwerk bereits getätigt worden waren. Die DAG überwies aus den Verkaufserlösen bis zum Kriegsende rund 18,7 Mio. RM als verzinsliche Darlehen an ihre Gesellschafter, davon 12 Mio. RM an das Reich, den Rest an die Saarwerke.⁴⁶ Gleichzeitig wurde nun auch die Hüttenbaustelle bei Kehl geräumt. Ende Juni 1943 erschien dort eine Arbeitskolonne von 11 Mann und entfernte unter großen Strapazen fast ohne technische Hilfsmittel sämtliche Eisenbahnschienen, Schwellen, Gussrohre und Eisenplatten.

Berger versuchte auch vertraglich eingegangene Verpflichtungen zu lösen, für deren Übernahme es nach der Betriebseinstellung keinerlei Geschäftsgrundlage mehr gab. So gewährte die DAG der Siedlungsgesellschaft für das Doggererzgebiet einen unverzinslichen Kredit in Höhe von fast einer Mio. RM, der zum Bau von etwa 1.000 Arbeiterwohnungen beigetragen hatte, in denen sich mittlerweile die Belegschaft von Walter Kopperschmidt niederließ. Berger schlug dem badischen Ministerpräsidenten Köhler deshalb im Oktober 1942 vor, das Land möge die bestehenden Darlehen ablösen und den DAG-Geschäftsanteil am Bauträger in Höhe von 50.000 RM übernehmen.⁴⁷ Köhler lehnte das Ansinnen rundweg ab und empfahl Berger, sich mit Kopperschmidt zu einigen. Dessen Management war an der Übernahme zusätzlicher Kosten jedoch völlig desinteressiert.

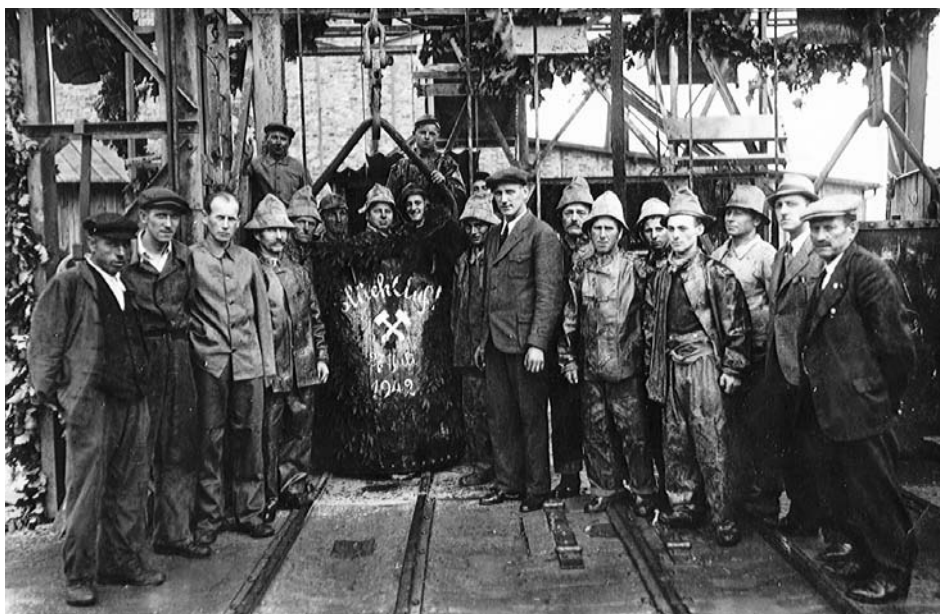
Die Beziehungen zwischen dem Plexiglashersteller und der DAG waren denkbar schlecht. Berger sah seine Kernaufgabe darin, das Vermögen seiner Gesellschafter zu erhalten und deren Immobilien zum Marktwert an Walter

Kopperschmidt zu verkaufen. Der zeigte jedoch wenig Zahlungsbereitschaft und beschwerte sich lieber bei Theo Schmid über die Forderungen des DAG-Vorstands. Als kriegswichtigem Rüstungsbetrieb und größtem Arbeitgeber in der Gemeinde fiel es Kopperschmidt nicht schwer, den Blumberger Bürgermeister auf seine Seite zu ziehen. Um Bergers Ansehen war es dagegen schlecht bestellt. Dieser wahrte ganz offen Distanz zur NSDAP und ließ sich, anders als sein Vorstandskollege Bornitz, bei keiner Parteiversammlung blicken. Die Einstellung eines jüdischen Ingenieurs, der andernorts keine Arbeit mehr fand, trug ebenfalls wenig dazu bei, Bergers Beliebtheit bei den örtlichen Parteigrößen zu steigern. Zeugen bescheinigten ihm nach dem Krieg, er habe in Blumberg als „politisch unzuverlässig“ und „abschussreif“⁴⁸ gegolten und deswegen ständige Reibereien mit den kommunalen Parteifunktionären sowie schwere Meinungsverschiedenheiten mit höheren Parteistellen auszuhalten gehabt. Die erhalten gebliebenen Akten bestätigen dies.



Plan des Nordwerks: Links oben das alte Verwaltungsgebäude südlich des Eichbergstollenmunds. 1940 verlor es seine zentrale Funktion. Die Direktion der Grubenverwaltung zog in ein neues Gebäude um, das man an den Nordgiebel des Zechenhauses am Stobergstollen angebaut hatte. Das „Haus in der Sonne“ (links unten) war ein Wohnhaus, das die DAG für ihren Prokuristen Max Feuerhake errichtet hatte. Nach dessen Ausscheiden erwarb es 1943 das DAG-Vorstandsmitglied Dr. Walther Berger. Auf dem Plan fehlen die nördlich der Förderbrücke gelegenen Anlagenteile (Mundloch Eichbergstollen, Trafostation von 1937 und das erst 1941 errichtete große Transformatorenhaus) Sammlung Prillwitz.

Theo Schmid schickte am 17. Oktober 1942 einen irritierenden Brief an das Badische Innenministerium, in dem er Berger vorwarf, dieser bereite Kopperschmidt „in jeglicher Beziehung Schwierigkeiten, seinen Betrieb überhaupt erst in Gang zu bringen“.⁴⁹ Der DAG-Vorstand fordere überhöhte Mieten⁵¹ für seine Angestelltenwohnungen, gebe nur unwillig Personal ab und behindere die notwendige Überlassung von Betriebsräumen. Da er beim Innenministerium erfolglos blieb, versuchte Schmid auf der Parteischiene weiterzukommen. Am 13. März 1943 formulierte er ein Schreiben an die NSDAP-Kreisleitung, das er nicht als Bürgermeister unterzeichnete, sondern als Ortsgruppenleiter. Darin warf er der DAG vor, seit über einem Jahr keinerlei Beiträge mehr für einen raschen Sieg zu leisten, sondern die kriegswichtige Produktion von Kopperschmidt durch überhöhte Preisforderungen für ihre Maschinen und Eisenkonstruktionen zu gefährden. Nachdem die Aktionäre der DAG durch den Stilllegungsbeschluss ohnehin schon mehrere Mio. RM eingebüßt hätten, komme es auf einige hunderttausend RM auch nicht mehr an. Der Allgemeinheit – und vornehmlich der Gemeinde Blumberg – entstünden weitaus größere Verluste, die in Geld gar nicht zu beziffern seien und am Ende den Bestand des gesamten Gemeinwesens gefährdeten. Schmid warf Berger indirekt vor, er führe seine „Verhandlungen nach jüdisch-liberalistischem Geist und Grundsatz“⁵¹ und forderte die NSDAP-Kreisleitung auf, dafür Sorge zu tragen, dass General Walther von Unruh⁵² die Tätigkeit der DAG sofort beende. Schmid's Tirade wirkt umso befremdlicher, als er sich wenige Monate zuvor bei Bergers früherem Vorstandskollegen Bornitz für dessen Bemühungen um eine gedeihliche Weiterentwicklung von Blumberg ausdrücklich bedankt hatte.⁵³



Ein trauriger Tag für die Beschäftigten der Doggererz AG: Am 27. Juli 1942 fand die letzte Grubenfahrt statt. Sammlung Prillwitz.



Dr. Walther Berger, das kaufmännische Vorstandsmitglied der Doggererz AG von 1940 bis 1946, und seine Ehefrau Annemarie, die Tochter des Donaueschinger Hofapothekers Richard Baur. Die Aufnahme stammt von 1949. Privatbesitz.

Auf dem Instanzenweg wanderte Schmidts Pamphlet über Wagners NSDAP-Gauleitung zu Köhlers Finanz- und Wirtschaftsministerium (FWM). Letzteres gab Berger Gelegenheit zur Stellungnahme. Der DAG-Vorstand wies darauf hin, wie schwierig es unter den herrschenden Kriegsbedingungen gewesen war, technische Anlagen und Bestellungen im Wert von mehr als 40 Mio. RM sinnvoll zu verwerten und bei anderen Rüstungsbetrieben bedarfsgerecht unterzubringen.⁵⁴ Auf das FWM wirkte Bergers Darlegung so überzeugend, dass es der NSDAP-Gauleitung Baden am 13. Mai 1943 mitteilte, man habe die erhobenen Vorwürfe geprüft und verworfen, da eine wesentlich raschere Abwicklung der DAG nicht möglich gewesen sei. Schwierigkeiten bestünden eben nicht nur in kaufmännischer und finanzieller, sondern vor allem auch in technischer Hinsicht.⁵⁵

Die immer noch schwelende Auseinandersetzung zwischen Kopperschmidt und der DAG wurde erst nach langwierigen Verhandlungen beigelegt: Das Reichsluftfahrtministerium gründete 1943 eine Finanzierungsgesellschaft (Luftfahrtanlagen GmbH), die große Werksteile für 3,5 Mio. RM zu kaufen und an Kopperschmidt zu vermieten versprach. Die Luftfahrtanlagen GmbH sagte auch zu, das DAG-Siedlungsdarlehen für den Bau der Arbeiterwohnungen abzulösen. Im Oktober 1943 veräußerte Berger endlich auch den weiträumigen Erzaufbereitungskomplex im Südwerk. Für rund eine Mio. RM erwarb die Otavi Minen und Eisenbahngesellschaft den Lurgi-Drehrohrofen und sämtliche Hallen, die der Aufberei-

tung, dem Transport und der Lagerung von Erzen gedient hatten.⁵⁶ Das Berliner Unternehmen plante, aus der reichlich vorhandenen Lurgi-Schlacke Ferrovanadium zu erzeugen, ein Legierungselement für Edelstahl. Berger führte auch die Geschäfte dieses Betriebs, konnte aber die Produktion bis Kriegsende nicht mehr in Gang bringen, weil er wesentliche Anlagenteile bereits 1942 an die Stadt Kassel verkauft hatte und eine Reihe von Spezialmaschinen fehlten.

Allen Anstrengungen zum Trotz blieb Berger auch weiterhin im Fadenkreuz seines Gegners: Am 9. Oktober 1943 interessierte sich plötzlich der Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS für ihn. Er habe gehört, so teilte SS-Hauptsturmführer Seebach dem Badischen FWM mit, dass Berger und seine Mitarbeiter seit über einem Jahr damit beschäftigt seien, die DAG abzuwickeln. Dies werde allgemein nicht verstanden. „Es wird vermutet, dass sich vor allem Herr Dr. Berger mit dieser Beschäftigung vor einem anderweitigen Einsatz bzw. vor einer Einberufung zur Wehrmacht drücken will.“⁵⁷ Der Beschuldigte musste sich zudem weiterer Denunziationen erwehren, die ihm vorwarfen, er habe zwei Stunden lang mehrere vom Kriegsdienst freigestellte DAG-Arbeitskräfte zweckentfremdet eingesetzt und sich zwei Hasenställe zur Privatwohnung bringen lassen. Zum Glück für Berger schmeterte das FWM den Vorstoß des Sicherheitsdienstes der SS ebenso ab wie ein halbes Jahr zuvor die Attacke der NSDAP-Gauleitung.⁵⁸ Um Seebach zu besänftigen, stellte man die militärische Verwendung des DAG-Vorstands für das kommende Frühjahr in Aussicht. Berger rückte dann am 20. Februar 1944 wirklich zur Wehrmacht ein.

Mit den Vorstandsaufgaben wurde daraufhin ein nebenamtlicher Generalbevollmächtigter betraut, der Dr. Hans Reichard hieß und die Berliner Verwaltungsstelle der Otto-Wolff-Gruppe leitete. Die Geschäfte vor Ort leitete der langjährige Prokurist und Buchhaltungsleiter Ernst Denzer. Dieser durfte im März 1945 noch einen Zweigbetrieb des Automobilzulieferers Alfred Teves GmbH im Südwerk aufnehmen. Das Unternehmen mietete die ehemalige DAG-Hauptwerkstatt und sollte später zum größten Arbeitgeber von Blumberg aufsteigen.

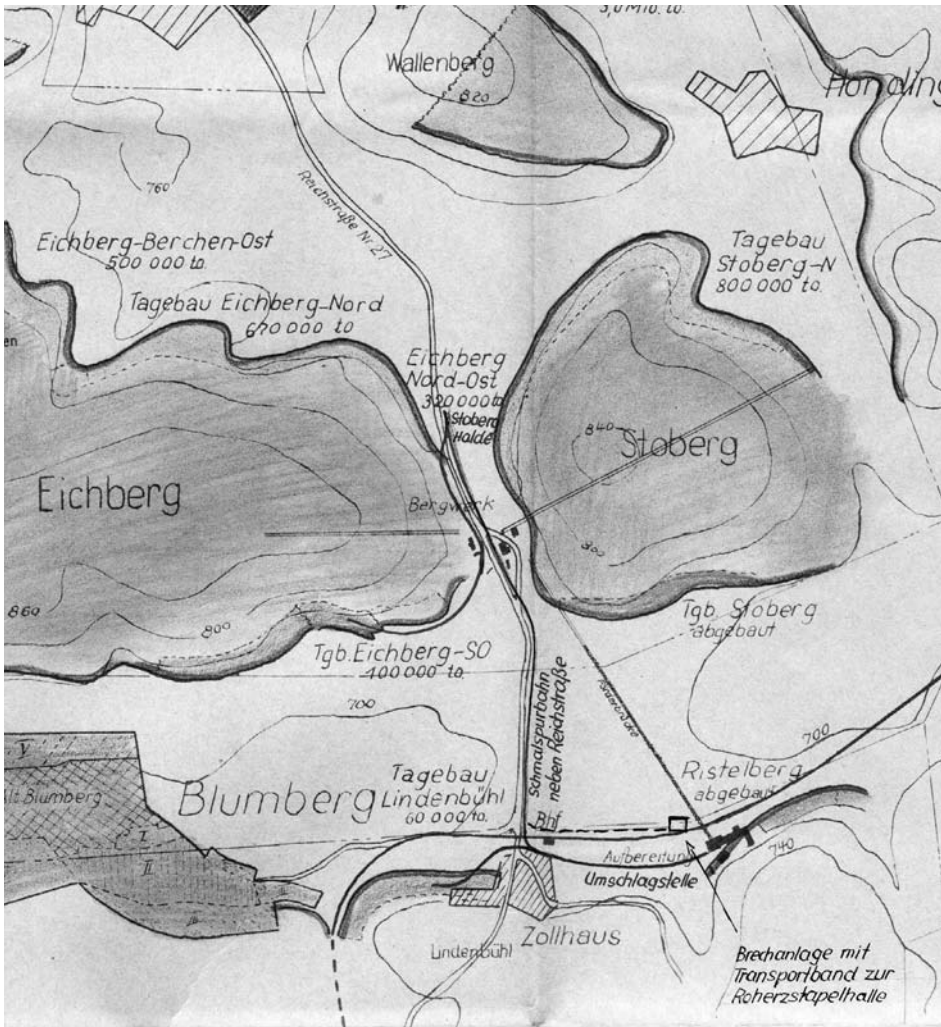
Am 6. Juni 1944 landeten die Alliierten in der Normandie und begannen ihren Vormarsch auf das Deutsche Reich. Als wenige Monate später das lothringische Minettegebiet verloren ging, machte sich der Völklinger Hüttenwerksbesitzer Hermann Röchling um die Erzversorgung der Saalhütten große Sorgen. Auf seinen Antrag hin beschloss der DAG-Aufsichtsrat am 30. Oktober 1944, den Tagebau am Eichberg und am Lindenhühl wieder aufzunehmen und eine Tagesförderung von 1.500 t anzustreben.⁵⁹ Da das Unternehmen weder über geschultes Personal noch über geeignetes Abbaugerät verfügte, beschloss es, die Organisation Todt (OT) mit der Realisierung des Vorhabens zu betrauen. Zur Überwachung der Arbeiten holte die DAG ihren erfahrenen Tagebauingenieur Sievers wieder nach Blumberg zurück und berief Dr. Rudolph Gerlach erneut in den Vorstand. Dieser suchte den badischen Ministerpräsidenten Köhler auf, um das weitere Vorgehen mit ihm abzustimmen. Köhler lehnte den Plan der Saalhütten jedoch ab, weil er die chronisch überlastete Reichsbahn vor weiteren Aufgaben verschonen wollte. Stattdessen hielt er es für sinnvoll, sich auf die Ausbeutung der verkehrsgünstig gelegenen Gruben am Oberrhein zu konzentrieren.

Beim RWM erzielten Röchling und Gerlach mehr Erfolg. Die Behörde unterrichtete das Rüstungsministerium am 3. November 1944, die Saarhütten wollten den Erzabbau in Blumberg „mit größtmöglicher Beschleunigung“⁶⁰ wieder aufnehmen und bat darum, den Stilllegungsbeschluss vom März 1942 zu revidieren. Dieses kam der Bitte nach und wies die OT an, sämtliche Vorbereitungen für eine rasche Wiederaufnahme der Tagebaubetriebe am Eichberg und am Lindenbühl zu treffen. Die OT schloss daraufhin Unterverträge mit einer Reihe von regionalen Baufirmen ab, deren Maschinen und Mitarbeiter allerdings nicht mehr zum Einsatz gelangten,⁶¹ weil die Saarhütten wegen der nahenden Front im Dezember 1944 ihren Betrieb einstellen mussten. Da die noch funktionsfähigen Ruhrwerke das Blumberger Tagebauerz nicht verarbeiten konnten, verlor es seine Bedeutung nun vollends. Zwar entstand in Berlin während des Winters 1944/45 nochmals ein letzter amtlicher „Plan für die Fördersteigerung des deutschen Eisenerzbergbaus“,⁶² doch beschränkten sich die Vorgaben für die Baar darauf, das stillgelegte Karl-Egon-Bergwerk bei Gutmadingen wieder zu eröffnen. Aber auch dazu sollte es nicht mehr kommen.

Hermann Röchling setzte sich im Dezember 1944 nach Heidelberg ab. Sein Sohn Karl Theodor verblieb dagegen in der Völklinger Hütte und wurde dort am 17. Dezember 1944 unter ungeklärten Umständen ermordet. Die deutsche Niederlage warf ihre Schatten voraus. Röchling versuchte Vorsorge zu treffen und entwickelte in der letzten Kriegsphase ein Projekt, um das wirtschaftliche Überleben seines Konzerns nach dem möglichen Verlust des Saarlands notdürftig zu sichern. Der Kommerzienrat gedachte ein kleines Hüttenwerk in Blumberg zu bauen, das zwei Hochöfen umfassen und jährlich etwa 60.000 t hochwertiges Eisen erzeugen sollte. Das Vorhaben beinhaltete auch die notwendigen Anlagen zur Stahlproduktion. Realisiert werden sollte es von der DAG, deren Leitung Röchling an sich zu reißen gedachte. Um sie „unbehindert“ ausüben zu können, forderte er den Ausschluss der Dillinger und der Burbacher Hütte aus dem Kreis der Aktionäre. In ihm verbleiben durften nur noch das Deutsche Reich, dem die Rolle des Zahlmeisters zufiel, und die beiden Eisenwerke in Völklingen und Neunkirchen. Röchling nutzte die günstige Gelegenheit, als er von Speer am 17. Dezember 1944 das Ritterkreuz überreicht bekam und trug dem Rüstungsminister seine Gedanken vor. Tatsächlich erhielt einen Planungsauftrag⁶³ für das Projekt.

Röchling missverstand die Auftragsvergabe wohl bewusst als Finanzierungszusage des Reichs für sein überspanntes Hüttenwerksprojekt. Dem DAG-Aufsichtsratsvorsitzenden Rudolf Siedersleben mutete er anschließend die undankbare Aufgabe zu, die Spitzenbeamten im RFM und im RWM damit zu konfrontieren, was er unbegründeter Weise für Tatsachen hielt. Siedersleben selbst fasste den Plan nur mit spitzen Fingern an und erläuterte ihn mit der diplomatischen Formulierung, Röchling wolle sich eine „neue Lebensaufgabe setzen. (Rüstungsminister) Speer habe ihm die Erfüllung dieses Wunsches zugesagt und auch die Erfüllung des weiteren Wunsches, dass er, Röchling, in dem Aufbau und in der Leitung dieses Unternehmens möglichst unbehindert und frei sein solle.“⁶⁴

Die anschließende Aussprache mit den fassungslosen Beamten verlief sehr lebhaft. Das RWM hielt es für keine besonders gelungene Idee, ausgerechnet die



Im Frühjahr 1945 entstand ein letzter, verzweifelter Plan, nach dreijähriger Betriebsunterbrechung wieder Blumberger Erz zur Saar zu versenden. Am Lindenbühl sollte der Tagebau erneut aufgenommen und gleichzeitig westlich des Stobergs eine 40.000 t große Erzhalde abgeräumt werden. Leider hatte man das rollende Material der noch bestehenden Förderbrücke längst verkauft. Um das Erz dennoch zum Zechenbahnhof bei Zollhaus transportieren zu können, plante man den Bau einer Feldbahn neben der Reichsstraße 27 mit herausnehmbarer Gleiskreuzung am Bahnübergang. Auch eine kleine Erzbrechanlage mit einem eigenen Zubringergleis sollte im Südwerk neu entstehen. Nichts davon wurde verwirklicht. Zwar gelangten noch 1 Dampflokomotive, 31 Wagen, 1 Bagger, 4,5 km Schienen und 3.140 Schwellen nach Blumberg, doch kam am 13. Januar 1945 die telegrafische Anweisung aus Berlin, sämtliche Arbeiten sofort einzustellen. Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln 72-153-2.

problematischen Doggererze in Qualitätsstahl verwandeln zu wollen und wies darauf hin, dass selbst die Mitglieder der Reichsvereinigung Eisen, deren Vorsitzender Röchling ja war, das Projekt mehrheitlich ablehnten. Wegen einer Bauzeit von zwei bis drei Jahren blieb es für den gegenwärtigen Krieg ohnehin völlig bedeutungslos. Nach dessen Ende aber konnte es aufgrund seiner geringen Erzeugungskapazität keine sinnvolle Aufgabe mehr übernehmen. Darüber hinaus gab es berechtigte Zweifel an der Rentabilität des Projekts, das 150 bis 200 Mio. RM kosten, aber nur eine sehr geringe Produktion ausstoßen sollte.

Bei den Beamten setzte sich am Ende die nahe liegende Auffassung durch, „dass es Röchling in erster Linie darum geht, für sich und seine Mitarbeiter ein neues Arbeitsfeld zu erschließen.“⁶⁵ Zu ihrer Beruhigung teilte das Rüstungsministerium wenige Tage später mit, Röchling habe lediglich den Auftrag zu einem technischen Gutachten erhalten. Die mittlerweile herrschenden Verhältnisse würden die Durchführung des Vorhabens jedoch wahrscheinlich ausschließen.⁶⁶ Den Kommerzienrat und seine Mitstreiter schien das wenig zu kümmern. DAG-Vorstand Gerlach und eine größere Mitarbeiterzahl hielten sich jedenfalls während des Frühjahrs 1945 in Blumberg auf und werkelten unverdrossen an ihrem Hüttenwerksprojekt herum. Am 23. April 1945 wurden sie jäh unterbrochen. Französische Truppen besetzten das Werksgelände der DAG, sprengten die Eingangstollen zum Eichberg und verhängten ein Zutrittsverbot für die Belegschaften der Firmen. Deutschland hatte den Krieg verloren und Blumberg musste wieder einmal um seine wirtschaftliche Existenz bangen.

Der Rüstungsbetrieb Walter Kopperschmidt wurde 1948 demontiert und kurz darauf liquidiert. In die Insolvenz gingen auch Otavi und Luftfahrtanlagen GmbH. Die DAG dagegen überlebte den Krieg. Sie erhielt ihre Immobilien wieder zurück und vermietete sie bis 1979 an mittelständische Unternehmen. An ihrer Liquidation verdienten die Saarrhütten und das Land Baden-Württemberg Millionenbeträge. Blumberg hatte keinen Anteil daran. Die Stadt durchlebte nach Kriegsende eine sehr harte Zeit, die erst Mitte der 1950er Jahre endete. Ihre Tagebaue wurden bis heute nicht rekultiviert.

Unterschiedlich verlief das weitere Leben der Protagonisten. Walther Berger kehrte nach dem Krieg wieder zur DAG zurück, musste seinen Posten jedoch 1947 räumen, weil ihn die Säuberungskommission des Landkreises Donaueschingen für politisch belastet hielt. Deren Vorsitzendem, einem ehemaligen Straßenreiniger mit gewerkschaftlichem Hintergrund, genügte als Begründung die Tatsache, dass Berger stets ein hohes Gehalt bezogen hatte. Die Berufungsinstanz kassierte später das tendenziöse Urteil und sprach ihn frei.⁶⁷ Er blieb in der Region und heiratete in zweiter Ehe Annemarie Baur, die Tochter des Inhabers der Hofapotheke in Donaueschingen. Dessen Familie hatte unter den Nationalsozialisten gelitten, weil seine Frau Jüdin war. Berger gründete zusammen mit seinem Schwiegervater Richard Baur die Firma Riba, ein kleines Unternehmen, das in Blumberg zunächst pharmazeutische Produkte, dann aber Liköre produzierte. Später übernahm er eine Handelsvertretung für Eisen und Stahl. Angebote zur Rückkehr in die Führungsebene großer Unternehmen lehnte er ab. 1972 starb Berger im Alter von 71 Jahren.⁶⁸

Hans Bornitz wechselte 1943 zur Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau AG, damals einer Tochtergesellschaft des Hermann-Göring-Konzerns. Er leitete den Braunkohlentiefbau von Oberdorf bei Köflach und rückte im Juni 1944 in den Vorstand auf. Nach Kriegsende geriet er mit seiner Ehefrau in österreichische Haft, aus der beide 1947 entlassen wurden.⁶⁹ Hans Bornitz kehrte nach Deutschland zurück, kam jedoch zunächst nicht frei. Seine frühere Tätigkeit als NSDAP-Kreiswirtschaftsberater von Donaueschingen trug ihm die Internierung im britischen Lager Sandbostel ein. Von der Anklage, Mitglied einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein, sprach man ihn mangels Beweisen frei. Seine Entnazifizierung endete mit dem Spruch „Mitläufer, darf eingestellt werden.“⁷⁰ Entlastende Aussagen von Walther Berger, Gretel Lang, seiner ehemaligen Sekretärin, und von Blumbergs demokratischem Bürgermeister Erich Knöpfle (1946–1948) trugen zu dem milden Urteil bei. Bornitz ehemaliger Subunternehmer, die Essener Firma Wagener, gab ihm Beschäftigung als Bergbauberater. Ab Sommer 1948 war Bornitz für spanische Unternehmen auf der iberischen Halbinsel und in Spanisch-Marokko tätig. Er kehrte aus familiären Gründen jedoch vorzeitig nach Deutschland zurück und wurde 1953 Technischer Geschäftsführer der Salzgitter Industriebau GmbH. Kurz nach Dienstantritt starb er im Alter von 58 Jahren.

Theodor Schmid wurde nach dem Einmarsch französischer Truppen im Riedöschinger Rathaus schwer misshandelt und dann in das Kriegsgefangenenlager Mulsanne (Sarthe) verbracht. Im November 1946 kam er in das Internierungslager Freiburg, wo er bis 1948 verblieb.⁷¹ Nach seiner Entlassung kehrte er in die Kommunalpolitik von Blumberg zurück. Er schloss sich der CDU an und stieg in den folgenden Jahren zum Stellvertretenden Bürgermeister auf. 1967 wurde er Ehrenbürger seiner Stadt. 1975 starb Theodor Schmid im Alter von 84 Jahren. Sein Wahlspruch blieb in Blumberg noch lange sichtbar. Er prangte in großen Lettern an der Fassade seines Hauses und lautete: „Unser Glaube, unsere Liebe, unserer Hände Arbeit, Deutschland, für Dich.“ Der Satz wurde erst kürzlich vom neuen Hausbesitzer entfernt. In Blumberg erinnert heute eine Straße an Bürgermeister Theodor Schmid.

Das Schicksal Blumbergs und seiner Industrie 1941–1945

Die Vermögensentwicklung der Doggererz AG (1941-1945) in 1.000 RM

Jahresende	1941	1942	1943	1944	1945
Anlagevermögen	26.461	16.537	5.690	4.014	2.752
Forderungen gegen Gesellschafter	9.122	5.122	16.122	23.122	23.122
Bilanzsumme	48.985	36.064	34.614	34.008	32.551
Eigenkapital	42.064	32.280	33.024	32.727	31.013
Fremdkapital	3.921	3.784	1.392	1.281	1.538
Verlustvortrag	2.591	12.371	11.627	11.924	9.987

Quelle: Jahresbilanzen DAG, StAF V 500/1. Das Anlagevermögen umfasst auch Anzahlungen auf Anlagen. Es sinkt ab 1942 durch den Verkauf der Betriebsanlagen drastisch ab. Da die Verkaufserlöse als Darlehen an die Eigner der DAG fließen, steigen die Forderungen der DAG gegen die eigenen Gesellschafter ab 1943 stark an. Die Höhe des Eigenkapitals täuscht über die wahren Vermögensverhältnisse hinweg: Von den 31 Mio. RM Eigenkapital des Jahres 1945 sind 23 Mio. RM als Darlehen an die Gesellschafter der DAG zurück geflossen oder waren als Kapitalanteil von den Saarhütten niemals eingezahlt worden. Fremdkapital: Es besteht ab 1943 fast nur aus Rückstellungen (meist für Geländerekultivierungen). Verlustvortrag: Er entstand vor allem durch stilllegungsbedingte Abschreibungen im Jahre 1942. Da es gelang, für einige abgeschriebene Sachanlagen in späteren Jahren höhere Preise zu erzielen, reduzierte sich die Höhe des Verlustvortrags ab 1943 leicht.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Wolf-Ingo Seidelmann
Weinbergstraße 12 · 96472 Rödental
wolf-ingo-seidelmann@t-online.de

Anmerkungen

Abkürzungen:

ARP: Aufsichtsratssitzungsprotokoll
BA: Bundesarchiv Berlin
Blu: Gemeinderegistratur Blumberg
DAG: Doggererz AG
DAG-MB: Monatsbericht der DAG
FWM: Badisches Finanz- und
Wirtschaftsministerium
GLA: Generallandesarchiv Karlsruhe
FMBW: Finanzministerium
Baden-Württemberg
JB: Jahresbilanz

LBA: Landesamt für Geologie,
Rohstoffe und Bergbau,
Landesbergdirektion Freiburg
RBM: Reichsminister für Bewaffnung
und Munition
RFM: Reichsfinanzministerium
RM: Reichsmark
RWA: Reichsamt für Wirtschaftsausbau
RWM: Reichswirtschaftsministerium
StAF: Staatsarchiv Freiburg

- 1 DAG-MB vom März und April 1940, StAF V 500/1. Die DAG berief sich dabei auf eine Anordnung des Landratsamts Donaueschingen, das „strenge Maßnahmen“ für das dienstliche und außerdienstliche Verhalten der Polen erlassen habe. Der Ausschluss dieser Menschen von den üblichen sozialen Beihilfen erfolgte indessen auf Initiative und Antrag der DAG.
- 2 Im Januar 1941 waren bei der DAG 633 Ausländer aus 7 Nationen tätig. RWA vom 4.2.1941, StAF V 500/3.
- 3 DAG-MB vom Juni 1941, Privatbesitz.
- 4 Stand 1.1.1940. Jahresbericht DAG 1940, StAF V 500/1.
- 5 BORNITZ, H. 1947, Vergleichende Erfahrungen mit StREBBau und Pfeilerbruchbau beim Abbau eines Doggererz-Flözes, in Glückauf, Bergmännische Zeitung, Essen, S. 845 ff.
- 6 DAG-MB vom Juli 1940, StAF V 500/1.
- 7 Vermerk Neugenehmigungen für Kredite vom 30.4.1941, StAF, unverzeichnete Ablieferung. FMBW 2011.
- 8 RWM an DAG vom 10.4.1941, LBA 9A/98.
- 9 RWM an DAG vom 10.10.1941, LBA 9A/98.
- 10 Speer an Generalbevollmächtigten vom 23.3.1942, StAF V 500/1 Nr. 11.
- 11 RFM vom 27.3.1942, BA R 2/17849.
- 12 400 Mann gingen ins Siegerland, 50 zur Grube Mangangrube Fernie in Hessen. Besprechungsprotokoll vom 9.4.1942, StAF V 500/1 Nr. 11.
- 13 RWM an DAG-Aufsichtsratsvorsitzenden Wilhelm Wittke vom 4.4.1942, wie Anm. 9.
- 14 Bilanzsumme vom 31.12.1941, JB 1941, StAF V 500/1.
- 15 Zum Jahresende 1941 betrug das Anlagevermögen der DAG am Standort Blumberg rund 13,1 Mio. RM und auf den ehemaligen Hüttenbaustellen Neudingen und Auenheim rund 4,1 Mio. RM. Darüber hinaus existierten Materialvorräte im Wert von 2,8 Mio. RM und Anzahlungen für das im Bau befindliche Kehler Hüttenwerk in Höhe von 7,8 Mio. RM. Wie Anm. 14.
- 16 Bornitz an Aufsichtsratsvorsitzenden Wittke vom 15.4.1942, StAF V 500/1 Nr. 11.
- 17 Eine Beschlussvorlage für den Aufsichtsrat vom 9.7.1942 sah vor, dass die Rückkehr qualifizierter Mitarbeiter zur DAG „bei etwaiger späterer Aufnahme des Doggererzvorhabens in dieser oder jener Form offen gehalten wird. Auch sollen das körperliche und geistige Eigentum mit dem Akteninhalt in bestgeeigneter und greifbarer Weise für die Gesellschaft gewahrt werden“. Der Verfasser ist wahrscheinlich Rudolf Siedersleben. Dieser war Teilhaber und Generalbevollmächtigter der Otto-Wolff-Gruppe, des Mehrheitsgesellschafters des Neunkircher Eisenwerks. Siedersleben übernahm am 4.9.1942 den Vorsitz im DAG-Aufsichtsrat. StAF, unverzeichnete Ablieferung FMBW 2011.
- 18 Bericht zu den Jahresbilanzen 1942 bis 1945, StAF V 500/1.
- 19 Dies waren der Siegerländer Mangan-Erzbergbau, die Grube Fernie in Weilburg/Lahn, die Gewerkschaft Finstergrund, Baden-Baden, Nikopol und Krivoi Rog, Ukraine, und der Oberschlesischen Kohlenbergbau. Zwischenbericht über die Abwicklungsarbeiten in Zollhaus-Blumberg vom 7.7.1942, StAF unverzeichnete Ablieferung FMBW 2011.
- 20 Prüfungsbericht über die DM-Eröffnungsbilanz vom 21.6.1948, StAF.
- 21 Schmid an Landrat Binz, Donaueschingen vom 11.6.1941, Blu.
- 22 Schmid an Binz vom 3.2.1942, Blu.
- 23 Speer an Wagner vom 23.3.1942, GLA 237/42827.
- 24 Bornitz an Schmid vom 10.4.1942, Blu.
- 25 Undatierte, handschriftliche Gesprächsnotiz, Blu.
- 26 So zitiert als Beschluss des DAG-Aufsichtsrats am 22.4.1942. Wie Anm. 17
- 27 Manuskript „Die Entwicklung der Stadt Blumberg von 1933 bis zum 1. Mai 1939“ von Theo Schmid, Blu.
- 28 Wie Anm. 27
- 29 „Denkschrift über die Auswirkungen und Folgen, die durch die Einstellung der Doggererzförderung in der Gemeinde Blumberg entstehen werden“ vom 30.4.1942, Blu.
- 30 Landrat Donaueschingen an Bad. Innenminister vom 7.7.1942, Blu. Dem Papier zufolge nahm Blumberg 1941 insgesamt 187.000 RM an Steuern ein, darunter 103.000 RM Gewerbesteuer. Für 1942 prognostizierte Binz einen Steuerausfall von 100.000 RM. 1943 wäre er noch höher ausgefallen.
- 31 Bezüglich der Verhandlungen über die Waggonreparaturwerkstätte stellte man im badischen FWM am 1.7.1942 fest: „Wir haben die allerdings nicht zu beweisende Vermutung, dass die Doggererz AG selbst in

- dieser Sache nicht so recht zieht.“
Dr. Mühe an Dr. Sauer vom 1.7.1942, GLA 237/42827.
- 32 Wie Anm. 19.
- 33 Da die DAG der Badischen Heimstätte GmbH den Mietausfall für 200 leer stehende Wohnungen ersetzen musste, könnte deren Belegung ein weiteres Motiv für den Vorstand gewesen sein, Arbeitskräfte nach Blumberg zu holen.
- 34 Beschlussvorlage vom 9.7.1942, wie Anm. 17.
- 35 Der DAG-Vorstand führt im Juli 1942 folgende Interessenten auf: Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, IG-Farben in Rheinfelden und Ludwigshafen sowie das Heereswaffenamt, Berlin. Wie Anm. 19.
- 36 Schmid an Landrat in Donaueschingen vom 31.8.1942, Blu. Bei den Firmen handelte sich angeblich um Ford, Opel, IG-Farben, Mauser, Messerschmitt und Junghans. Auf wessen Initiative sie nach Blumberg kamen, ist nicht mehr nachvollziehbar.
- 37 Die Zahlungen wurden zwischen Juni und August 1942 geleistet. Aktenbefund Blu.
- 38 Deutsche Arbeitsfront (DAF) Kreisverwaltung Donaueschingen an DAF Gauverwaltung Baden vom 14.8.1942, Blu. Die DAF klagt, dass „kinderreiche Familien nicht einmal das Geld haben, um den Kindern überhaupt noch Brot kaufen zu können“. Die Bergarbeiterfamilien hätten zudem einen Mietrückstand von etwa 9.000 RM.
- 39 Aktennotiz vom 2.7.1941 über eine Besprechung am 31.6.1942 (sic!), GLA 237/42827. Das Rüstungskommando bildete eine Organisationseinheit des RBM. Dr. Mühe arbeitete als Ministerialdirektor im Landwirtschaftsamt Karlsruhe. Dr. Hans Bornitz und Dr. Rudolph Gerlach waren die technischen Vorstände der DAG. Ersterer leitete die Bergbauabteilung, der zweite den Bereich Hütten- und Kraftwerkstechnik. Dr. Walther Berger hatte die kaufmännische Abteilung der DAG unter sich. Oberingenieur Josef Imhäuser fungierte als DAG-Ausbildungsleiter und später als Leiter der Zulieferfertigung für Messerschmitt.
- 40 Generalinspektor für Wasser und Energie an RWM vom 6.5.1942, StAF V 500/1.
- 41 Vermerk RFM zur DAG-Aufsichtsratssitzung vom 11.7.1942, BA R 2/17849.
- 42 RBM an FWM vom 28.8.1942, GLA 237/42827.
- 43 Schmid an Bad. Finanzminister vom 14.1.1943, Blu.
- 44 Im Frühjahr 1945 arbeiteten immer noch rund 25 Kriegsgefangene am Umbau der Stollen. JB 1945 StAF V 500/3 Nr. 105.
- 45 Zuvor hatte man stets hohe Bedarfszuweisungen durch Reich und Land benötigt, um den Haushalt auszugleichen. Siehe dazu auch: WALZ, A. (1995) Von der Agrarsiedlung zur Industriestadt – In: STURM, J.(Hrsg.) Blumberg – Die Geschichte einer außergewöhnlichen Stadt. Vöhrnbach, S. 319–380, hier: S. 356–360 und 372.
- 46 Die Summen fielen unterschiedlich aus, weil das Reich seinen 50prozentigen Kapitalanteil in der Vergangenheit voll eingezahlt hatte, die Saahrütten dagegen noch etwa 5 Mio. RM schuldig geblieben waren. Notiz Kapitalherabsetzung vom 21.3.1947, StAF V 500/1.
- 47 Berger an Köhler vom 21.10.1942, GLA 237/42827.
- 48 Zeugenaussage Dr. Otto Rieck vom 6.6.1947 im Entnazifizierungsverfahren Bergers. StAF D 180/2 Nr. 148718. Berger selbst räumte nach dem Krieg ein, seit Mai 1933 Parteianwärter der NSDAP gewesen zu sein, bestritt aber die Mitgliedschaft. Die Akten legen den Schluss nahe, dass das Regime Bergers Aufstieg in der Würzburger Finanzverwaltung Mitte der 1930er Jahre behinderte. Die Gründe dafür bleiben dunkel. Mehrere, darunter auch jüdische, Zeugen bescheinigten ihm 1947 Kritik und Distanz zur NSDAP. Berger heiratete 1948 Annemarie Baur, die halbjüdische Tochter des Inhabers der Donaueschinger Hofapotheke. Rassistische Ressentiments waren ihm fremd.
- 49 Schmid an Bad. Innenminister vom 17.10.1942, Blu.
- 50 Die DAG gewährte ihren Angestellten eine betriebliche Vergünstigung in Form besonders niedriger Mieten. Der DAG-Vorstand sah keinen Anlass, diese Subventionen auch den Beschäftigten von Kopperschmidt zu gewähren. Schmid an Landrat Donaueschingen vom 29.10.1943, Blu.
- 51 Schmid an NSDAP-Kreisleitung Donaueschingen vom 13.3.1943, GLA 237/42827. Das Schreiben scheint nicht die erste Attacke Schmidts auf Berger über die Parteischiene gewesen zu sein. Das Karlsruher Oberbergamt erwähnt ein ähnliches Schreiben der NS-Kreisleitung Donaueschingen vom

- 17.2.1943, Oberbergamt an FWM vom 14.4.1943, GLA 237/42827.
- 52 Unruh wurde am 22.11.1942 zum „Sonderbeauftragten für die Überprüfung des zweckmäßigen Kriegseinsatzes“ nicht nur in der Wehrmacht, sondern ebenso in Partei und Staatsverwaltung ernannt.
- 53 Schmid an Bornitz vom 7.1.1943, Blu.
- 54 Oberbergamt an FWM vom 14.4.1943, GLA 237/42827.
- 55 FWM an NS-Gauleitung Baden vom 13.5.1942, GLA 237/42827.
- 56 Von der Otavi gekauft wurden auch die ehemalige Randenschule, zwei Wohnhäuser und der Steppacher Hof. Die Verträge mit der Otavi und der Luftfahrtanlagen GmbH hatten keinen Bestand. Sie mussten nach 1945 wieder annulliert werden, weil die Erwerbergesellschaften illiquide wurden. Bezüglich der Otavi kam hinzu, dass die DAG ihren Vertrag nicht erfüllen konnte. Diese hatte 1941 ein Kompensationsgeschäft mit dem Fürsten zu Fürstenberg abgeschlossen und dabei den Steppacher Hof von ihm erwerben müssen. 1943 verkaufte die DAG den Hof an die Otavi weiter, doch verweigerten die Behörden ihre Zustimmung zum Grundbucheintrag, um zu verhindern, dass Ackerland von Industriebetrieben gekauft wurde. Die Otavi nahm diese Situation später mit zum Anlass, sich aus dem Geschäft mit der DAG zurückzuziehen.
- 57 SD-Hauptaußenstelle Karlsruhe an FWM vom 9.10.1943, GLA 237/42827.
- 58 FWM an SD-Hauptaußenstelle Karlsruhe vom 25.11.1943, GLA 237/42827.
- 59 Der Aufsichtsrat tagte in Neunkirchen, Vermerk RFM vom 30.11.1944, BA R 2/15078.
- 60 RWM an RBM vom 3.11.1944, LBA 9A/98.
- 61 Es kam definitiv nicht mehr zur Wiederaufnahme des Erzabbaus. Vorstandsbericht vom Juni 1946, StAF V 500/1 Nr. 16 und Berger an Heiland vom 14.1.1947, StAF C 33/1 Nr. 7.
- 62 BA R 7/1092.
- 63 Er umfasste den Bau von zwei kleinen Hochöfen auf der Baar. Vorgesehen war eine Tagesleistung von je 100 t „mit anschließendem Verblaseprozess“. Speer an Röchling vom 9.1.1945, Blu.
- 64 Vermerk vom 15.1.1945, BA R 2/15078.
- 65 Wie Anm. 64.
- 66 RBM an RFM vom 7.2.1945, BA R 2/15078.
- 67 Entnazifizierungsakte Walther Berger, D 180/2 Nr. 148718, StAF.
- 68 Mündliche Mitteilung von Frau Rosemarie Berger, Freiburg, an den Verfasser vom 15.3.2011.
- 69 MUELLER, HANS-ULRICH 1987: Aus dem Leben Alter Freiburger Bergstudenten. Essen, S. 47 f.
- 70 Entnazifizierungsakte Hans Bornitz, NW 1022 B Nr. 38022, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- 71 Dies geht aus einem Schreiben der DAG an das Gouvernement Militaire Pays de Bade-Contrôle de la Sûreté – Camp d’Internement vom Herbst 1947 hervor. StAF V 500/ Nr. 27.